



Walliser Alphatiere mit Hang zu Einzelaktionen: Christophe Darbellay, links, und Pascal Couchepin.

ZWEPETER KLAUNZER/KEY

Darbellays Chnorz mit der CVP

CVP-Präsident Schon wieder steht der Chef vor seiner Partei als Verlierer da

VON STEFAN SCHMID

2013 ist kein erfolgreiches Jahr für CVP-Präsident Christophe Darbellay. Schon wieder musste der Parteichef am Samstag vor den Delegierten in Tenero (TI) als Verlierer vom Platz – und dies ausgerechnet in der Familienpolitik, dem Kerngeschäft der Christdemokraten. Die CVP-Frauen mobilisierten und argumentierten besser und versetzten die Parteileitung bei der Parolenfassung zur SVP-Familieninitiative in die Minderheit (siehe Text unten). Vergeblich kämpfte der 42-Jährige für eine steuerliche Entlastung der traditionellen Familien, die ihre Kinder selber betreuen.

Zwischen Wallis und Partei

Darbella nimmt die Niederlage trotz vor Kenntnis: «Ich akzeptiere den Entscheid, meine Meinung bleibt aber gleich.» Die Situation in der Partei sei seltsam, sagt Darbellay. Das Präsidium habe sich fast einstimmig und die Fraktion in Bern mehrheitlich hinter ihn gestellt. «Es war klar,

dass wir uns in dieser Frage nicht einig sind.»

Es ist freilich in den letzten 12 Monaten nicht das erste Mal, dass die Partei nicht macht, was der Chef will. Als der Walliser im Dezember eine Diskussion über den Beitritt der Schweiz zum EWR lancierte, wollte ihm in der CVP-Familie niemand folgen. Im Februar versenkte die Bundeshausfraktion die Idee sang- und klanglos und verabschiedete wenig später ein Europapapier mit einer komplett anderen Stossrichtung. Die CVP propagierte anstelle des EWR eine dauerhafte Ventilklausele, als hätte es den Vorstoss des Präsidenten nie gegeben.

Ein weiteres Beispiel ist das Raumplanungsgesetz: Dieses sorgte vor allem im Wallis, wo es besonders viele Landbesitzer gibt, für helle Aufregung. Doch der Unterwalliser Darbellay

verlor auch diesen Kampf. Die CVP-Delegierten folgten Bundesrätin Doris Leuthard. Darbellay machte ausserhalb des Wallis gute Miene zum bösen Spiel und betonte zu Hause erst recht, wie schlecht dieses Gesetz für den Kanton sei.

Offene Zukunft

Dass Darbellay sein politisches Denken und Handeln stark auf die Walliser Heimat ausrichtet, löst in Bern mitunter Kopfschütteln aus: «Für die CVP ist das eine Belastung», sagt eine Parteikollegin im Nationalrat. Für Darbellay indes ist es eine Überlebensstrategie. Aufgrund einer Amtszeitbeschränkung ist für ihn 2015 auf Bundesebene Schluss. Anfang Oktober gab er deshalb seine Kandidatur für die Walliser Regierung bekannt – die nächsten Wahlen finden erst 2017 statt.

«Wir müssen dem Präsidenten Freiraum lassen. Sonst macht niemand mehr diesen Job.»

Lucrezia Meier-Schatz,
CVP-Nationalrätin SG

Diese frühe Ankündigung löste im Wallis geharnischte Reaktionen aus: Das CVP-Blatt «Walliser Bote» erinnerte an 2008, als die kantonalen Delegierten Darbellay nicht einmal für die Regierungswahlen nominierten. Für den «agilen Sonnyboy aus Martinach» könnte es ähnlich eng werden, prophezeit der Kommentator mit kaum kaschierter Bösartigkeit.

Darbella fühlt sich derweil von seiner Partei getragen. «In 95 Prozent der Fälle steht die CVP hinter mir. Ausnahmen gibt es immer.» Eine solche ist die Familieninitiative. «Ein Ja hätte gegen unsere Grundsätze verstossen», sagt CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz. Den Parteichef kritisieren, mag sie trotzdem nicht. «Wir müssen dem Präsidenten Freiraum lassen», sagt sie. «Sonst macht bald niemand mehr diesen Job.»

[@ ausserdem zum Thema](#)

Ist Darbellay ein guter CVP-Präsident? Stimmen Sie online ab.

Der orchestrierte Aufstand

SVP-Familieninitiative Die CVP-Frauen überzeugten am Samstag die Mehrheit an der Delegiertenversammlung für eine Nein-Parole.

VON GERHARD LOB, TENERO

Eigentlich schien die Sache klar: Das Präsidium der CVP hatte sich mit 9:1 Stimmen klar für die SVP-Familieninitiative ausgesprochen, die Steuerabzüge auch für Eltern verlangt, die ihre Kinder selbst betreuen; in der CVP-Bundeshausfraktion sagten zwei Drittel Ja. Zwar waren schon einige Kantonalparteien abgewichen, doch das Ja als Abstimmungsempfehlung zur SVP-Volksinitiative bei der Delegiertenversammlung der CVP am

Samstag in Tenero erschien nur eine Formsache.

Eine kleine Sensation

Weit gefehlt: Am Ende wurde mit 114 zu 87 Stimmen und ohne Enthaltungen die Nein-Parole gefasst. Parteipponenten wie Präsident Christophe Darbellay oder Fraktionschef Urs Schwaller standen im Regen. Tatsache ist: Die CVP ist als selbst erklärte Partei der Familie und des Mittelstands in der Frage der steuerlichen Behandlung von Familien tief gespalten. Was die CVP in den Kantonen Luzern, Wallis und Zug mit dem Steuerabzug bei Selbstbetreuung selbst aufgegleist hat, wird nun auf Landesebene abgelehnt.

Die Sensation hatte sich in der Turnhalle Gottardo bald abgezeichnet. Ganze 19 Wortmeldungen gab es in

der Diskussion um die SVP-Initiative, davon die Mehrheit von CVP-Frauen, die die Initiative ablehnten. «Hier sitzen sicherlich keine Feministinnen oder Gegner des traditionellen Familienmodells im Saal, aber wir, die wir die Initiative ablehnen, sind nicht bereit, die Oberschicht im Giesskannenprinzip zu unterstützen», wettete CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Steuergeschenke an Reiche, Bevorzugung von Einverdiener-Familien, nicht zu verkraftende Steuerausfälle, SVP-Mogelpackung: Immer wieder fielen diese Stichworte.

Die CVP-Frauen hatten ihre «Argumente gegen die SVP-Initiative» in einer Tischaufgabe verteilt; und Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz mit Mitunterzeichnern hatte ein eigenes, grünes Blatt aufgelegt, dass Punkt für

Punkt die Argumentation der Parteispitze auseinandernahm. Derweil argumentierte etwa Andrea Gmür aus Luzern, eine Mutter von vier Kindern, «die immer berufstätig war», pro Familieninitiative. Der Steuerabzug schaffe nur Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Familienmodellen. Sie blieb in der Minderheit.

Die Gräben liessen sich nicht schliessen. Auf der einen Seite gerade junge CVP-Delegierte, die für die Annahme der SVP-Initiative warben; auf der anderen Seite die eher ältere Generation, die aus inhaltlichen, aber auch aus prinzipiellen Gründen keine SVP-Initiative unterstützen wollen. Sowie ein Stadt-Land-Graben: Dem Nein der städtischen Delegierten stand das Ja aus den ländlichen Gebieten gegenüber.

Nachrichten

China Botschafter-Nachfolge ist geregelt

Jean-Jacques de Dardel wird neuer Botschafter in China. Das berichtet die «NZZ am Sonntag». Laut gut informierten Quellen habe Aussenminister Didier Burkhalter den heutigen Vertreter der Schweiz in Frankreich zum Nachfolger von Jacques de Watteville

bestimmt, der in diesen Tagen seinen Posten als Staatssekretär für internationale Finanzfragen im Finanzdepartement antritt. Offiziell wird die Rochade noch nicht bestätigt. (NCH)

Stadttheater Berner stimmen über Sanierung ab

Am 24. November entscheiden die Stadtberner über die Sanierung des Stadttheaters. Der Stadtberner Souverän soll einen Anteil von 19 Millio-

nen Franken an den Gesamtkosten von 45 Millionen Franken gutheissen. Danach entscheidet sich, ob der Kanton weitere 21 Millionen beisteuert. (SDA)

Pruntrut CVP-Kandidat gewinnt dritten Wahlgang

CVP-Kandidat Pierre-Arnaud Fueg wird Stadtpräsident der jurassischen Stadt Pruntrut. In einem dritten Wahlgang distanzierte er gestern den Kandi-

daten der christlich-sozialen Partei (CSP), Thomas Schaffter, um 152 Stimmen. Aus dem zweiten Wahlgang war im November 2012 noch CSP-Kandidat Schaffter als Sieger hervorgegangen, doch er konnte das Stadtpräsidentenamt nie antreten. Der dritte Wahlgang war nach einer juristischen Intervention nötig geworden: Die jurassische Staatsanwaltschaft hatte den zweiten Wahlgang annulliert. Dies wegen Verdachts auf Wahlfälschung und Stimmenfang. (SDA)

Legi löst Personalproblem

VON GERHARD LOB, LUGANO

Der innere Zirkel der Lega dei Ticinesi ernannte am Samstag bei einem Meeting in Lugano per Akklamation den 52-jährigen Strafrichter Claudio Zali zum Nachfolger des verstorbenen Lega-Staatsrats Michele Barra. Dieser war im Alter von 60 Jahren am vorletzten Sonntag nach kurzer schwerer Krankheit und nicht einmal sechs Monaten im Amt einem Krebsleiden erlegen.

Barra war der letzte gewählte Kandidat auf der Liste der Kantonswahlen von 2011 gewesen. Dank Proporzwahlrecht für den Regierungsrat, das es nach der Abschaffung im Kanton Zug nur noch im Kanton Tessin gibt, konnte die Lega einen Nachfolger aus ihrer Mitte ohne Ersatzwahl benennen. Die Vereidigung wird Anfang November erfolgen.

Ohne politische Erfahrung

Der einst freisinnige Strafrichter bezeichnet sich als «Leghist der ersten Stunde» und war Anfang der 1990er-Jahre bei den damaligen Volkswahlen auf

Vorschlag der Lega zum Richter gewählt worden. Über praktische politische Erfahrung verfügt er nicht – abgesehen von einem kurzen Mandat im Gemeinderat des Dorfes Bioggio. Er gilt als kühl und scheu, aber fachlich kompetent und fleissig. Im Jahr 2008 war gegen ihn ein Verfahren eingeleitet worden, weil er eine Freundin, gegen die eine Untersuchung wegen Unterschlagung lief, beraten hatte. Das Verfahren wurde eingestellt, Zali musste eine Busse von 2000 Franken für die Umtriebe bezahlen.

Zali verfügt zweifellos über die intellektuellen Fähigkeiten für die Ausübung des Amtes – und stellt einen Kontrapunkt zum pragmatisch veranlagten Barra dar. Allerdings hängt über seiner Amtszeit ein Damoklesschwert. Bereits im April 2015 wird es kantonale Erneuerungswahlen geben. Es bleibt offen, ob es die Lega schaffen wird, zwei von fünf Regierungsräten zu stellen.



Claudio Zali. KEY

Mit neuer Technik gegen Lauschangriffe

Bereits vor Bekanntwerden des US-Lauschangriffs auf das Handy der deutschen Kanzlerin Angela Merkel hatte der Bundesrat 2010 beschlossen, die Abhörsicherheit seiner Kommunikationsmittel zu verbessern. Man werde demnächst eine neue Technologie einführen, erklärte Bundespräsident und Verteidigungsminister Ueli Maurer in einem Interview mit der Zeitung «Schweiz am Sonntag».

Ob es sich bei der neuen Technologie um eine Verschlüsselungssoftware oder um spezielle Handys für die Bundesratsmitglieder handelt, sagte Maurer in dem Interview nicht.

In einem Interview mit der «SonntagsZeitung» sprach Maurer von «Krypto-Handys», die von öffentlichen Netzen unabhängig und abhörsicher seien. Zudem müsse das Personal der Bundesverwaltung ausgebildet werden. Bereits in Kraft ist ein Handy-Verbot an Bundesratssitzungen.

Hinweise, dass der US-Geheimdienst die Bundesräte abgehört habe, gebe es nach Maurer nicht – wirklich wissen werde man das aber wohl nie.

Im Interview mit der «SonntagsZeitung» sprach sich Maurer ausserdem für rechtliche Massnahmen gegen Internetfirmen aus, die Nachrichtendiensten Zugang zu ihren Datensammlungen gewährten. (SDA)